

## Die Bedeutung einer Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung

Zur Messung des materiellen Wohlstands einer Person bzw. eines Haushalts kann eine ganze Reihe von Indikatoren dienen. Zu den aussagekräftigsten zählen jedoch ohne Zweifel sein Einkommen oder genauer: sein verfügbares Einkommen und sein Vermögen. Aggregiert man alle Personen bzw. Haushalte einer Region, lassen sich zunächst mit Hilfe von Durchschnittswerten Aussagen über das allgemeine Niveau und die Veränderung des materiellen Wohlstands im Zeitablauf treffen. So ist beispielsweise in der *Tabelle 1* mit Hilfe von Angaben aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dargestellt, wie sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet in den 80er Jahren entwickelt hat.

### Starker Zuwachs der Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte

Danach hat sich das verfügbare Einkommen aller Haushalte in Baden-Württemberg von 1970 bis 1980 nominal um etwa 128 % und von 1980 bis 1990 nochmals um knapp 68 % erhöht. Berücksichtigt man die jeweiligen Preissteigerungsraten, verbleibt ein realer Zuwachs des verfügbaren Einkommens von 65,6 % bzw. 36,5 %. Im früheren Bundesgebiet beträgt der Zuwachs jeweils 124 % bzw. 59 % nominal und 60,3 % bzw. 30,0 % real. Aufgrund der Zunahme der Bevölkerung und der Zahl der Haushalte fällt der Anstieg des verfügbaren Einkommens pro Kopf und je Haushalt vor allem in den 80er Jahren jeweils geringer aus. Dennoch stieg das verfügbare Einkommen je Haushalt in Baden-Württemberg von 1970 bis 1980 um real 33,3 % und von 1980 bis 1990 um real 10,6 % (früheres Bundesgebiet: 34,8 % bzw. 11,0 %) auf nominal 57 449 DM im Jahr an. Dies läßt den Schluß zu, daß sich der zu Anfang der 80er Jahre bereits sehr hohe durchschnittliche Lebensstandard der privaten Haushalte zwischen 1980 und 1990 nochmals deutlich verbessert hat.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt die Deutsche Bundesbank<sup>1</sup> bei einer Beurteilung der Vermögenssituation der westdeutschen Haushalte (allerdings einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter). Danach machte deren Gesamtvermögen 1992 etwa das 5,5fache

und das Reinvermögen etwa das 4,7fache des verfügbaren Einkommens aus. 1980 betrugen diese Relationen dagegen erst 4,7 bzw. 4,1 und 1970 gar nur 3,5 und 3,1. Dies bedeutet, daß die durchschnittlichen Vermögensbestände der westdeutschen Haushalte noch stärker gestiegen sind als ihre verfügbaren Einkommen. Nach Eliminierung der Vermögensbestände der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter schätzt die Deutsche Bundesbank für 1992 alleine das Geldvermögen der privaten Haushalte im engeren Sinne auf durchschnittlich 110 000 DM pro Haushalt.



Der Autor: Dr. Michael Hohlstein ist Referent im Referat „Preise, Löhne und Gehälter, Wirtschaftsrechnungen“ im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg

Bei solchen Durchschnittsbetrachtungen der Einkommens- und Vermögenssituation der privaten Haushalte bleibt freilich vollkommen außer acht, wie sich die verfügbaren Einkommen und die Vermögen auf die einzelnen Personen bzw. Haushalte verteilen. Dabei ist kaum davon auszugehen, daß die Einkommens- und die Vermögensverteilung völlig gleichmäßig sind. So räumt beispielsweise die Deutsche Bundesbank bereits bezüglich des Geldvermögens ein, daß die „relativ starke Konzentration bestimmter Anlageformen, wie vor allem des Aktienbesitzes, aber auch des sonstigen Wertpapierbesitzes, in Haushalten mit vergleichsweise hohen Einkommen ein wesentlicher Faktor für die wohl beträchtliche Spannweite der Verteilung des Geldvermögens sein“ dürfte<sup>2</sup>. Da das Geldvermögen jedoch die Vermögensform ist, über die noch die meisten Haushalte verfügen, ist für die anderen Vermögensformen kaum eine homogenere Verteilung anzunehmen.

### Bislang finden Verteilungsaspekte in der Öffentlichkeit noch wenig Beachtung

Obwohl also von einer nicht unbedeutenden Ungleichmäßigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung ausgegangen werden kann, spielen Verteilungsaspekte sowohl in der wirtschaftstheoretischen als auch in der wirtschaftspolitischen Diskussion gegenwärtig allenfalls eine untergeordnete Rolle. Dies gilt für die Vermögensverteilung in noch stärkerem Maße als für die Einkommensverteilung. Ebenso finden Zahlen aus der amtlichen Statistik zu diesen Themen in der Öffentlichkeit, zumindest im Vergleich etwa zur Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes, bislang wenig Resonanz. Die Gründe hierfür sind unschwer

<sup>1</sup> Vgl. Deutsche Bundesbank: Zur Vermögenssituation der privaten Haushalte in Deutschland, in: Monatsbericht Oktober 1993, S. 19-32 (Zitierweise: Zur Vermögenssituation).

<sup>2</sup> Deutsche Bundesbank: Zur Vermögenssituation, S. 22.

Tabelle 1

**Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in Baden-Württemberg und im westlichen Bundesgebiet von 1970 bis 1990**

Jahr <sup>1)</sup>	Verfügbares Einkommen	Verfügbares Einkommen je Einwohner	Verfügbares Einkommen je Haushalt <sup>2)</sup>
	Mill. DM	DM	
<b>Baden-Württemberg</b>			
1970	85 545	9 620	20 690
1980	186 080	20 250	40 500
1981	193 154	20 920	42 517
1982	199 485	21 600	43 381
1983	212 828	23 110	-
1984	227 894	24 790	-
1985	241 382	26 230	48 108
1986	260 655	28 200	49 150
1987	271 349	29 220	52 126
1988	287 065	30 610	52 280
1989	305 565	32 150	53 833
1990	331 070	34 040	57 449
<b>westliches Bundesgebiet</b>			
1970	530 400	8 750	19 461
1980	1 139 580	18 520	38 709
1981	1 179 810	19 130	40 734
1982	1 214 180	19 710	41 432
1983	1 278 100	20 820	-
1984	1 347 130	22 040	-
1985	1 406 770	23 070	44 378
1986	1 497 550	24 550	45 465
1987	1 550 000	25 380	48 348
1988	1 635 540	26 620	48 285
1989	1 738 100	28 010	50 166
1990	1 885 300	29 810	54 318

<sup>1)</sup> 1990 vorläufiger Wert. – <sup>2)</sup> 1983 und 1984 kein Wert für die Zahl der Haushalte vorhanden, da in diesen Jahren kein Mikrozensus stattfand.

zu erkennen, aber dennoch nicht hinreichend für die bisherige Vernachlässigung von Verteilungsaspekten.

Zum einen spielen Verteilungsfragen naturgemäß immer dann eine untergeordnete Rolle, wenn (nahezu) alle Einkommen in einer Volkswirtschaft über einen längeren Zeitraum hinweg mit relativ hohen Wachstumsraten zunehmen. Solange nämlich die einzelne Person bzw. der einzelne Haushalt absolut gesehen reale Einkommenszuwächse verzeichnen kann, wird sie/er ihrer/seiner relativen Stellung in der Einkommenspyramide weniger Beachtung schenken als in Zeiten, in denen ihr/sein individuelles Einkommen stagniert oder gar rückläufig ist. Da sich die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland von Beginn an fast durchgängig durch ein kräftiges Wachstum der Einkommen auszeichnete, verloren verteilungspolitische Zielsetzungen rasch an Bedeutung.

Folglich konzentrierte sich die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland mehr und mehr auf andere Ziele. Im „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ vom 8. Juni 1967 sind als solche explizit genannt: ein stetiges und angemessenes Wachstum, die Stabilität des Preisniveaus, ein hoher Beschäftigungsstand und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht. Dieser Zielkatalog, das sogenannte „magische Viereck“, das die Verteilung der Einkommen oder der Vermögen als Zielobjekt nicht beinhaltet, hat eindeutig einen konjunktur- und wachstumspolitischen Charakter und beherrscht bis heute die wirtschaftspolitische Diskussion. In deren Mittelpunkt stehen als Zielgrößen vor allem die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts, die Preissteigerungsrate und die Arbeitslosenquote. Demzufolge erfreuen sich diese von der amtlichen Statistik in kurzen Abständen ermittelten globalen volkswirtschaftlichen Rahmendaten eines ausgesprochen großen öffentlichen Interesses.

## Die Einkommensverteilung als Bestimmungsgröße des wirtschaftlichen Wachstums ...

Vor diesem Hintergrund erscheint die weitgehende Vernachlässigung von Verteilungsaspekten auf den ersten Blick verständlich. Dennoch ist es vollkommen unangebracht, die wirtschaftstheoretische und wirtschaftspolitische Diskussion auf die Entwicklung globaler Rahmendaten zu verkürzen. Dies gilt nicht nur angesichts eines sich möglicherweise verlangsamenden Wirtschaftswachstums und der daraus resultierenden politischen Brisanz von Verteilungsfragen. Denn selbst wenn das Verteilungsthema nicht explizit zum wirtschaftspolitischen Zielkatalog gehört, so ist es dennoch notwendig, die Verteilung der Einkommen und Vermögen eingehend zu analysieren. Zum einen ist sie nämlich ein wichtiges Datum für die Entwicklung der globalen wirtschaftlichen Rahmendaten, zum anderen entscheidet sie somit auch über die Wirksamkeit wesentlicher, gerade auf diese Rahmendaten gerichteter wirtschaftspolitischer Maßnahmen.

Betrachtet man zunächst die personelle Einkommensverteilung, so ist diese eine wesentliche Determinante der gleichgewichtigen Wachstumsrate einer Volkswirtschaft. Diese wird nämlich langfristig und bei ausgelasteten Kapazitäten positiv von der gesamtwirtschaftlichen Sparquote beeinflusst. Die gesamtwirtschaftliche Sparquote ist das gewogene arithmetische Mittel der individuellen Sparquoten, die ihrerseits mit der jeweiligen Höhe des individuell verfügbaren Einkommens zunehmen. Daraus folgt, daß die gesamtwirtschaftliche Sparquote und damit die gleichgewichtige Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts umso höher ist, je ungleichmäßiger die personelle Einkommensverteilung ist.

In einer kurz- bis mittelfristigen Analyse, insbesondere bei unterausgelasteten Produktionskapazitäten und einer instabilen gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage, kann allerdings eine gegenteilige Wirkung eintreten, denn als Komplement zur privaten Ersparnis ist die private Konsumnachfrage gesamtwirtschaftlich umso höher, je gleichmäßiger die Einkommensverteilung ist. Aus wachstumspolitischer Sicht erscheint also eine ungleichmäßige Einkommensverteilung als Rahmenbedingung durchaus positiv, aus konjunkturpolitischer Sicht unter Umständen eher negativ. Auf jeden Fall stellt die personelle Einkommensverteilung jedoch eine wesentliche Determinante für das wirtschaftspolitische Ziel eines angemessenen und stetigen Wachstums dar. Für die Wirksamkeit konjunktur- oder wachstumspolitischer Maßnahmen ist somit eine möglichst genaue Kenntnis dieser Verteilung essentiell, auch wenn die Verteilung selbst nicht die Zielgröße darstellt.

## ... und ihr Einfluß auf das Steuersystem

Des weiteren kommt der Einkommensverteilung eine wesentliche Bedeutung im Rahmen der Steuergestaltung und der Entwicklung des Steueraufkommens zu. Denn sie bestimmt in Verbindung mit dem Steuertarif das Aufkommen aus der Lohn- und Einkommensteuer, der mit Abstand ertragreichsten Steuerart in der Bundesrepublik Deutschland. Deren Tarifgestaltung kann im übrigen durchaus unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten interpretiert werden. Durch die Progressivität des Durchschnittsteuersatzes werden nämlich Steuerpflichtige mit höherem Ein-

kommen verhältnismäßig stärker zur Finanzierung der Staatsausgaben herangezogen als Steuerpflichtige mit niedrigerem Einkommen. Zwar beschränken sich auf der Ausgabenseite Einkommenstransfers wie etwa die Sozialhilfe auf den untersten Einkommensbereich oder sie sind objektgebunden wie beispielsweise das Wohngeld, so daß von einer gezielten vertikalen Umverteilung der breiten Masse der Einkommen kaum die Rede sein kann: Dennoch besteht zumindest ein breiter politischer Konsens darüber, daß die Finanzierung der Staatsausgaben durch Steuern und Abgaben „sozial verträglich“ sein sollte, das heißt, daß die Nettoeinkommensverteilung zumindest nicht ungleichmäßiger als die Bruttoeinkommensverteilung sein sollte.

Darüber hinaus zeigt beispielsweise die aktuelle politische Diskussion über den Solidaritätszuschlag zur Finanzierung des wirtschaftlichen Aufbaus in Ostdeutschland, wie wichtig eine möglichst exakte Kenntnis der personellen Einkommensverteilung ist. Dies gilt insbesondere für die Varianten, in denen der Zuschlag nicht einheitlich, sondern nach der Einkommenshöhe differenziert erhoben werden soll. Denn bei einer Differenzierung der Höhe des Zuschlagssatzes nach dem individuellen Einkommen gibt die personelle Einkommensverteilung sowohl Auskunft über das jeweils zu erwartende Steuermehraufkommen als auch Entscheidungshilfen für die Festsetzung der Einkommensgrenzen selbst.

Die Bedeutung der personellen Einkommensverteilung allein schon für den Bereich Wachstum bzw. Konjunktur und für das Steuersystem macht deutlich, daß eine statistische Erfassung und Analyse entsprechender Maßzahlen zwingend notwendig sind. Die regelmäßig veröffentlichten und somit sehr aktuellen volkswirtschaftlichen Rahmendaten sind jedoch, wie bereits dargestellt, auf die wirtschaftspolitischen Ziele des „magischen Vierecks“ zugeschnitten. Mit diesen Zahlen lassen sich über die personelle Einkommensverteilung bzw. deren Veränderung allenfalls indirekte Aussagen bzw. Vermutungen treffen. So kann etwa mit Hilfe des im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelten Anteils der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, oder kurz der Lohnquote, wie folgt argumentiert werden: Sinkt (steigt) die Lohnquote, wird die personelle Einkommensverteilung ungleichmäßiger (gleichmäßiger), weil die Lohneinkommen tendenziell niedriger sind als die Kapital- und Gewinneinkommen. Zwar erscheint dieser Zusammenhang zwischen funktioneller und personeller Einkommensverteilung einigermaßen plausibel, doch sind quantitativ exakte Aussagen über die Veränderung der personellen Einkommensverteilung auf diese Weise nicht möglich.<sup>3</sup>

### **Eine nennenswerte Vermögensumverteilung findet nicht statt**

Betrachtet man nun die Verteilung der Vermögen, so ist zunächst festzustellen, daß diese in der öffentlichen Diskussion noch weniger Beachtung findet als die der Einkommen. Selbst die zeitliche Entwicklung des durchschnittlichen Vermögens in der Bundesrepublik Deutschland wird

im Vergleich zum durchschnittlichen Einkommen höchst selten dokumentiert. Dies ist nicht nur mit methodischen oder erfassungstechnischen Problemen der amtlichen Statistik mit diesem Erfassungsgegenstand zu erklären. Vielmehr klammert der wirtschaftspolitische Zielkatalog in der Bundesrepublik Deutschland mit der Grundentscheidung für die soziale Marktwirtschaft eine Umverteilung der Vermögen noch stärker aus als die der verfügbaren Einkommen, was unter anderem in der Eigentumsgarantie im Grundgesetz zum Ausdruck kommt. Dies gilt offensichtlich für den Staat als Träger der Wirtschaftspolitik genauso wie für die Tarifpartner, denn eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen spielte in den bisherigen Tarifverhandlungen bisher so gut wie keine Rolle. Zwar existiert ein umverteilungspolitisches Instrumentarium insofern, als mit der Vermögensteuer und der Erbschaftsteuer insbesondere die höheren Vermögen besteuert werden und durch das Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand die Vergrößerung gerade der geringeren Vermögen unterstützt wird. Die Ausgestaltung der Tarife bei der Erbschaft- und der Vermögensteuer sowie die Höhe der Förderung beim Vermögensbildungsgesetz lassen jedoch vermuten, daß mit diesem Instrumentarium eine spürbare Vermögensumverteilung kaum durchgesetzt werden kann bzw. soll.

### **Zwischen der Einkommens- und der Vermögensverteilung besteht ein enger Zusammenhang**

Völlig analog zur personellen Einkommensverteilung ist jedoch auch die Vermögensverteilung ein wesentliches Datum für die wirtschaftliche Entwicklung. Selbst wenn sie also nicht Zielgegenstand der Wirtschaftspolitik ist, was ebenso wie bei der Einkommensverteilung an dieser Stelle gar nicht bewertet werden soll, verbietet es sich jedoch, ihr überhaupt keine Beachtung zu schenken. Denn zum einen besteht zwischen der Höhe des verfügbaren Einkommens und des Vermögens eines Individuums eine wechselseitige positive Beziehung: Je höher das verfügbare Einkommen ist, desto größer ist sowohl die Sparfähigkeit als auch vermutlich die Sparneigung, so daß die individuelle Ersparnis und damit die Vermögensbildung ebenfalls umso größer ausfällt. Andererseits führen mit der Höhe des individuellen Vermögens ansteigende Vermögenserträge ceteris paribus zu einer Erhöhung des verfügbaren Einkommens der betrachteten Person bzw. des Haushalts. Zwischen der Einkommens- und der Vermögensverteilung besteht also ein enger wechselseitiger Zusammenhang, so daß die Verteilung der verfügbaren Einkommen keinesfalls vollständig analysiert werden kann, wenn man sie losgelöst von der Verteilung der Vermögen betrachtet.

Darüber hinaus könnte der Vermögensverteilung bei der Diskussion über die Zukunft des Alterssicherungssystems in der Bundesrepublik Deutschland eine nicht unbedeutende Rolle zukommen. Das Sozialversicherungssystem sollte nämlich bei seiner Einführung insbesondere Personen ohne Vermögensbesitz bei Erwerbslosigkeit absichern, wobei seinerzeit die Masse der Versicherten tatsächlich nicht über nennenswerte Vermögensbestände verfügte. Angesichts der eingangs genannten Zahlen über die Entwicklung der durchschnittlichen Vermögensbestände der privaten Haushalte stellt sich jedoch für die Zukunft durchaus die Frage, ob diese bei der Gestaltung der Sozialversi-

<sup>3</sup> Hinzu kommt, daß Veränderungen der statistischen Lohnquote zum großen Teil auf Veränderungen der Beschäftigtenstruktur zurückzuführen sind und alle Bereinigungsverfahren, die diesen Effekt ausschalten wollen, letztlich nicht voll befriedigen können. Vgl. hierzu zum Beispiel Bartmann: Verteilungstheorie, München 1981, S. 47ff.

cherungssysteme eventuell stärker berücksichtigt werden sollen. Dies gilt umso mehr, als die demographische Entwicklung zwangsläufig zu einer Verschlechterung der Beitrags-Leistungs-Relation vor allem in der gesetzlichen Rentenversicherung, aber auch in der Kranken- und der Pflegeversicherung führen wird. In diesem Zusammenhang ist die Kenntnis der durchschnittlichen Vermögensbestände der privaten Haushalte allein freilich von geringem Nutzen. Vielmehr bedarf es einer Ermittlung und Analyse der gesamten Vermögensverteilung, zumal über sie keine Aussagen oder Vermutungen mit Hilfe anderer, von der amtlichen Statistik ermittelter Zahlen getroffen werden können.

## Fazit

Aus den vorstehenden Ausführungen wird deutlich, wie wichtig eine möglichst exakte Kenntnis und Analyse sowohl der Einkommens- als auch der Vermögensverteilung ist. Auch dann, wenn diese selbst nicht Zielgegenstand der Wirtschaftspolitik sind bzw. sein sollen, sind sie doch wesentliche Determinanten für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und für die Effizienz wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Dies bedeutet, daß das Augenmerk stärker auf statistische Maßzahlen der Verteilung von Einkommen und Vermögen gerichtet werden sollte, da aus

den durchschnittlichen Werten bzw. den Veränderungen der aktuellen volkswirtschaftlichen Rahmendaten keine adäquaten Aussagen über die Gestalt dieser Verteilungen getroffen werden können.

Aus diesem Grund legt das Statistische Landesamt in diesem und im nächsten Heft die aktuellsten verfügbaren Zahlen zur Einkommens- und Vermögensverteilung in Baden-Württemberg und ihrer Entwicklung in den 80er Jahren vor. Es handelt sich dabei um Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1989 (Periodizität: 3 Jahre), der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 (Periodizität: 5 Jahre) und der Vermögensteuerstatistik 1989 (Periodizität: 3 Jahre). Diese drei Statistiken weisen Unterschiede sowohl hinsichtlich des Erhebungszeitraumes, des methodischen Vorgehens sowie der Abgrenzung und Bewertung der Erfassungsgegenstände auf und können insofern jeweils nur Teilaspekte der gesamten Einkommens- und Vermögensverteilung beleuchten. Ein Vergleich bzw. eine Interpretation der jeweils gewonnenen Ergebnisse kann und darf diese Unterschiede nicht außer acht lassen. Dennoch zeigen Parallelen in den Ergebnissen der folgenden Beiträge, daß sich trotz der methodischen Unterschiede die Teilaspekte in sinnvoller Weise zusammenführen lassen. In jedem Fall rechtfertigt und verlangt die große Bedeutung des Themas eine gründliche statistische Aufarbeitung.

Dr. Michael Hohlstein

# Statistisches Taschenbuch Baden - Württemberg 1992/93

Seit nunmehr drei Jahrzehnten vermittelt das Statistische Taschenbuch im bewährten handlichen Format einen Überblick über das Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschehen des Landes Baden-Württemberg. Im Laufe der Jahre konnte, trotz notwendiger Anpassungen und Erweiterungen, eine kontinuierliche Darstellung der inhaltlichen Grundstruktur des statistischen Nachschlagewerkes im wesentlichen beibehalten werden.

Umfang: 320 Seiten 29 Schaubilder,  
2farbig • Umschlag: Karton, 2farbig,  
Format 11,5 x 16,5 cm  
Preis: DM 17,-, zuzüglich Versandkosten

Artikel-Nr. 1111 93001  
ISBN 3 - 923 292 - 29 - 5

**30 Jahre**  
*statistische Informationen*  
**im Taschenbuchformat**



## Staat und Staatsgebiet

Landesorgane und Verwaltungsaufbau/  
Geographische Angaben

## Bevölkerung

Bevölkerungsstand / Bevölkerungs-  
bewegung / Gesundheitswesen / Unter-  
richt, Bildung und Kultur / Kirchliche  
Verhältnisse / Rechtspflege / Wahlen /  
Erwerbsleben und Arbeitsmarkt / Aus-  
länder

## Wirtschaft

Wirtschafts- und Berufsorganisationen /  
Land- und Forstwirtschaft / Umwelt /  
Arbeitsstätten und Unternehmen /  
Produzierendes Gewerbe / Bautätigkeit  
und Wohnungen / Handel und Gastge-  
werbe / Verkehr

## Finanzen

Geld, Kredit, Versicherungen / Öffent-  
liche Sozialleistungen / Öffentliche Fi-  
nanzen

## Volkswirtschaft

Preise / Verdienste / Einkommen und  
Verbrauch / Volkswirtschaftliche Ge-  
samtrechnungen

## Regionale Übersichten

Kreise, Regionen, Regierungsbezirke /  
Große Kreisstädte / Gemeinden mit  
5000 und mehr Einwohnern / Bun-  
desgebiet und Bundesländer / Interna-  
tionale Übersichten



**STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG**

Böblinger Straße 68 · 70199 Stuttgart · Telefon (0711) 6 41 - 28 66



Verlag und Vertrieb: Metzler-Poeschel, Stuttgart, Kernerstraße 43, 70182 Stuttgart, Telefon (0711) 2 29 02-0, Fax (0711) 2 29 02-90